

Sehr geehrte Damen und Herren!

„Die Memorandumstädte“ – das sind inzwischen 19 Städte des Ruhrgebiets und des Bergischen Lands, deren Kämmerer schon seit dem Jahr 2000 kontinuierlich zusammenarbeiten.

Nach dem Motto „Hilf dir selbst sonst hilft dir keiner“ hat sich dieser Arbeitskreis, dessen Vorsitzender ich seit 2006 bin, bereits wiederholt mit der besonderen Finanzsituation in unseren Städte auseinandergesetzt.

Vier Memoranden haben wir in Zusammenarbeit mit Herrn Prof. Junkernheinrich von der Technischen Universität Kaiserslautern und Herrn Micosatt von der Forschungsgesellschaft FORA in dieser Zeit erarbeitet. Das Letzte mit dem Titel „Wege aus der Schuldenfalle“ wurde am 18. Dezember 2008 in Oberhausen vorgestellt.

Mit den in diesem Papier aufgestellten „Forderungen“ wollten wir auf die inzwischen bereits vielfach zitierte „Vergeblichkeitsfalle“, in der wir uns befinden, aufmerksam machen. Unsere ernüchternde Bestandsaufnahme und die darauf aufbauenden kreativen Handlungsvorschläge, die, wie ich finde, einen wichtigen Beitrag nicht nur für uns sondern für die gesamte Region darstellen können – wurden in Fachkreisen sehr positiv aufgenommen und intensiv diskutiert. Von Bund und Land kam leider keine konkrete Reaktion.

Aus diesem Grund haben wir, die Stadtspitzen und Kämmerer der „Memorandum-Städte“, Mitte 2009 das Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ gegründet. Wir wollen damit endlich den schon längst überfälligen Lösungsprozess für eine aufgabenangemessene Finanzausstattung und die Entschuldung in Gang setzen.

Unserer Stärke ist, dass wir hierbei parteiübergreifend agieren. Alle Beteiligten stehen über Parteigrenzen hinweg zusammen und stellen die Interessen ihrer Städte und Bürger vor die der eigenen politischen Partei.

Unter dem Motto „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“ haben wir für die kommenden Monate konzentrierte, öffentlichkeitswirksame Aktionen vereinbart und werben dabei gemeinsam auch um die Unterstützung unsere Bürgerinnen und Bürger. Konkret geht es um Hilfe von Land und Bund zur Selbsthilfe.

Aus unserer Sicht ist schnelles und konsequentes Handeln notwendig, um die Lebensqualität in den strukturschwachen Kommunen zu retten und die kommunale Selbstverwaltung wieder auf die Füße zu bringen.

Den Auftakt haben wir am 18. Dezember 2009 - auf den Tag genau ein Jahr nach der Veröffentlichung des 4. Memorandums - bei einem Fachgespräch mit Frau Landtagspräsidentin van Dinther und Herrn Finanzminister Dr. Linssen im Düsseldorfer Landtag gemacht. Vorgelegt haben wir dort ein Ergänzungspapier zu unserem Memorandum, in dem explizite Vorschläge für eine nachhaltige Lösung des kommunalen Altschuldenproblems und der Unterfinanzierung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen dargestellt sind - Herr Prof. Junkernheinrich wird diese gleich noch näher erläutern.

Wir haben kein Erkenntnisproblem, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ein Lösungs- und Umsetzungsproblem, damit die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederhergestellt und gesichert wird.

Wir haben die Landesregierung zu einer intensiven Zusammenarbeit aufgefordert und wollen, dass unsere Probleme endlich politisch aufgenommen werden. Denn Fakt ist: In dem einen Jahr seit Veröffentlichung des 4. Memorandums hat sich das kommunale Finanzdebakel - verstärkt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise - noch einmal deutlich verschlimmert.

Die aktuell in die Räte eingebrachten Haushaltsentwürfe für die Jahre 2010 ff. zeigen: Dramatische Haushaltsdefizite und drastisch steigende Schulden sind inzwischen nicht mehr die Ausnahme, sondern werden zur Regel. Ein trauriger Schwerpunkt dieser finanziellen Abwärtsbewegung liegt hier bei uns, in den strukturschwachen Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Bei insgesamt steigenden Soziallasten hat sich die Lage in diesen Städten wesentlich stärker verschärft. Das Niveau der reinen Sozialausgaben der Städte im Ruhrgebiet und des Bergischen Landes liegt deutlich über dem Niveau im übrigen Land NRW.

Die Kassenkredite lagen zum Stichtag 30.06.2009 bundesweit bei rd. 31,5 Mrd.€. Allein auf die Ruhrgebietsstädte und die Städte des bergischen Landes entfallen 10,4 Milliarden Euro Kassenkredite, die wir zur Erfüllung unsere laufenden Ausgaben (z.B. Personalausgaben, Sozialleistungen, Bauunterhaltung) aufnehmen mussten. Dies sind 32,9 % der bundesweit aufgenommenen kommunalen Kassenkredite, wobei wir nur 5,9 % der Einwohner in den Flächenländern repräsentieren. Bezogen auf NRW halten wir rd. 65 % der Kassenkredite (von rd. 16 Mrd.€), bei 25 % der NRW-Einwohner.

Lagen die Kassenkredite im Jahr 1999 in den Memorandumsstädten noch bei rd. 250 € je Einwohner liegen diese nunmehr über 2300 € je Einwohner. Im übrigen Westdeutschland (ohne NRW) hatten die Kommunen gerade einmal Kassenkredite in Höhe von fast 300 € je Einwohner, in Ostdeutschland waren es sogar nur rd. 158 €. Es ist davon auszugehen, dass die Kassenkredite in NRW zum Jahresende 2009 bei rd. 17,5 Mrd.€ lagen und bis zum Jahr 2015 auf bis zu 35 Mrd.€ anwachsen können.

In den Kassenkrediten, dem kommunalen Dispo, liegt erheblicher Sprengstoff, da aus dem Überziehungskredit eine Dauereinrichtung wurde. Gegenwärtig trägt das extrem niedrige Zinsniveau dazu bei, dass dieses Kostenelement nicht explodiert.

Wenn Bund und Land aber weiter die Ohren geschlossen halten, dann sieht die Zukunft der Kommunen mehr als düster aus, ganz platt gesagt: sie gehen den Bach runter. Ein Teil der Städte steht vor dem Kollaps und droht handlungsunfähig zu werden.

Einige Städte in NRW, wie Oberhausen, Duisburg und Hagen, haben ihr Eigenkapital schon verbraucht. Dort liegt kommunale Überschuldung vor. Für andere wie Wuppertal, Gladbeck, Remscheid, Solingen, Essen, Herne, Leverkusen, Recklinghausen, und zahlreiche andere Städte und Gemeinden ist dies im Finanzplanungszeitraum oder kurz danach zu erwarten.

Den Mülheimer Haushalt 2010 ff. habe ich gestern eingebracht. Auch wir reduzieren massiv unser Eigenkapital. Für das Jahr 2010 ist ein Defizit i. H. v. rd. 97 Mio. € ausgewiesen. Wie die meisten Städte im Mülheimer Umfeld habe auch ich dem Rat ein umfangreiches Diskussionspapier für ein Haushaltssicherungskonzept vorgelegt. Denn nur damit hat Mülheim überhaupt eine Chance, dem Nothaushalt noch zu entgehen. Es ist uns gelungen, insgesamt 197 Maßnahmen zu entwickeln die ein rechnerisches Einsparvolumen von rd. 61 Mio.€ ergeben und somit zu einem genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept führen könnten. Für einen Haushaltsausgleich im Jahr 2013 sind mindestens rd. 52 Mio.€ erforderlich.

Nach teilweise über 20 Jahren intensiver Haushaltskonsolidierung, meine Damen und Herren, ist in strukturschwachen Kommunen das öffentliche Leistungsangebot bereits deutlich verändert und wird sich noch weiter verändern. Durch die Haushaltssicherungsmaßnahmen wird sich dies noch verschärfen.

Die Kommunen geraten zudem immer stärker in einen Wettbewerbsrückstand, weil im Vergleich zu anderen Städten hohe Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze sowie erhöhte

Kindergartenbeiträge bestehen und notwendige Infrastrukturinvestitionen nicht mehr vorgenommen werden können. Die an Dynamik zunehmend Abwärtsspirale gefährdet zusehends auch die Funktionsfähigkeit der Städte und Gemeinden. Und es drohen dramatische Folgen für den gesamten Staat und unser gesellschaftliches System.

Der Weg aus dieser „Schuldenfalle“ bedarf weiterer harter Sparmaßnahmen in den Kommunen. Aber er ist alternativlos!

Wir, die Städte des Aktionsbündnisses, sind bereit, diesen Weg zu gehen. Die Bürgerinnen und Bürger werden aber die damit verbundenen Belastungen und Verzichte nur mittragen, wenn es alle Beteiligten ernst meinen, ein klares Konzept mit einer ehrlichen Perspektive verfolgen und an einem Strang ziehen. Bund und Land sind daher aufgefordert, endlich klar zu sagen, wie sie zu den Städten stehen.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, nun sind Bund und Land am Zug!

Wir lassen uns hier auch auf kein Ablenkungsmanöver mehr ein! Lange genug schon haben wir uns anhören müssen, die kommunale Familie möge sich bitte endlich untereinander über die Verteilung von Geldern einigen - ehe Bund und Land sich äußern.

Das Essener Signal, das wir Ihnen heute vorstellen, fasst unseren Standpunkt noch einmal zusammen. Wir erwarten hierzu von der Landesregierung bis Ende März ein verbindliches politisches Signal zu einem Entschuldungsprogramm.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich verspreche Ihnen, Sie werden weiterhin von uns hören. Unser Aktionsbündnis wird auch nach der Landtagswahl weitermachen. Für die kommenden Wochen und Monaten sind neue Aktionen geplant.

Und ich freue mich, Ihnen heute – sozusagen druckfrisch – mitteilen zu können, dass wir uns für weitere Städte und Gebietskörperschaften öffnen. Der Kreis Recklinghausen und der Ennepe-Ruhr-Kreis haben ihre Mitarbeit bereits bekräftigt, weitere Kreise aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land wollen sich ebenfalls dem Bündnis anschließen.

Wir freuen uns außerordentlich über die angebotene Unterstützung, sehen dies aber mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Positiv ist, dass sich unsere bereits heute große politische Durchschlagskraft dadurch noch steigert. Negativ ist die dramatische Situation, die hierdurch noch deutlicher wird.

Wir sehen uns als ein Bündnis auf Zeit mit der klaren Aufgabenstellung, von Land und Bund endlich die schon lange überfällige Unterstützung bei der Hilfe zur kommunalen Selbsthilfe zu erzwingen.

Lassen Sie mich nun noch kurz auf mein heutiges Frühstück eingehen:

Mir fiel heut das Brötchen in den Kaffee als ich ein Interview mit dem NRW-Familienminister Laschet las" Kommunen müssen mehr tun" beim Ausbau der U3 - Betreuungsplätze.

Rein fachlich gebe ich Herrn Laschet recht. Nur meine sehr geehrten Damen und Herren, wie sollen wir das finanzieren?

Das Innenministerium reduziert uns über einen Erlass für Nothaushaltskommunen massiv die Investitionsmöglichkeiten (in MH sind dies fast 6,5 Mio.€) und das Land gibt u.a. Bundesmittel für den U3- Ausbau nicht an die Kommunen weiter. Das ist Aufgabendelegation ohne ausreichende Finanzmittel in rein Kultur! Daher ist die Klage in dieser Angelegenheit (KiFöG) vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster wegen Verletzung des Konnexitätsprinzips eingereicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die heutige Veranstaltung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ich denke, die Landesregierung wird dieses „Signal“ richtig deuten. Das hoffe ich für uns alle.

Glück auf!